

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 2,4. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die Gehaltene Kolonell-Preise 50. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Die erste Sitzung des Verbandsbeirates

unserer Organisation tagte am 16. und 17. November im Gewerkschaftshause in Hannover mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Unsere Lohnbewegungen und das Streitreglement.
3. Soll und kann Ausgesteuerten - Unterstützung gewährt werden?
4. Der innere Aufbau des Verbandes.
5. Aufbau der Betriebsräte-Organisation.
6. Allgemeine Verbandsangelegenheiten.

An der Konferenz nahmen teil: die 36 Beiratsmitglieder aus dem Reich, 16 Gauleiter, 3 Ausschußmitglieder, 9 Vorstandsmitglieder und 6 Branchenleiter.

Bei Punkt 1 behandelt der Kollege Brey die dem Beirat vom letzten Verbandstag zur endgültigen Entscheidung überwiesenen Anträge. Es handelt sich um Streichung der von einigen Zahlstellen der Hauptkategorie zurückbehaltenen Geldbeträge, um die Herausgabe einer besonderen Zeitschrift für die chemische Industrie und um die weitere Ausgestaltung des „Proletariers“. Der Beirat lehnt nach eingehender Diskussion gegen vier Stimmen die Streichung zurückbehaltenen Geldbeträge ab und erwartet von den betreffenden Zahlstellen die Einwendung der Schuldbeträge an die Hauptkategorie. Desgleichen lehnt er ab die Herausgabe eines besonderen Organs für die chemische Industrie, einmal der Konsequenzen wegen, die sich für die anderen zu unserer Organisation gehörenden Industriegruppen ergeben würden, aber auch wegen der rechtlichen Schwierigkeiten, die aus dem Antrage Höchst (siehe Anträge zum Verbandstag 1920, Antrag A 12) in seinem zweiten Teil entstehen müßten. Es läge die Gefahr strafrechtlicher Konflikte nahe, und wir wären gezwungen, uns nach juristischen und patentanwaltlich-kraftigen Kräften umzusehen. Dem ersten Teil des Antrages A 10 Schweinfurt, im „Proletarier“ weniger über Lohnstatistik zu schreiben, kann der Beirat nicht zustimmen, da die Behandlung der Lohnfragen eines der Hauptprobleme unseres Verbandes sei. Dagegen hält der Beirat die Ausführung des zweiten Teils des Antrages, mehr Aufsätze sozialer Natur im Verbandsorgan zu bringen, für selbstverständlich; desgleichen, daß entsprechend dem Antrag Höchst über Arbeiterschutz, sanitäre Fragen usw. geschrieben wird. Zu dem Antrag, der Vorstand wolle darauf hinwirken, daß die vom Verbands geleistete Arbeitslosenunterstützung bei der staatlichen Arbeitslosenfürsorge nicht mehr in Anrechnung komme, bemerkt Kollege Brey, daß entsprechend einer Erklärung der Reichsregierung bereits so verfahren werde. Außerdem wird in der demnächst erscheinenden Novelle zu der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge eine solche Bestimmung eingefügt werden. Die Frage der Anstellung einer Agitationskraft für die Blumen- resp. Heimindustrie ist bereits durch Ausschreibung ihrer Lösung nähergebracht. Der Beirat stimmt einem Antrag Reimann (Berlin) zu, dem § 3 Absatz 1 unseres Statuts hinzuzufügen: „Taschenlampenbatterie- und Elementenfabriken.“ Diese Betriebe seien rein chemische. Beschlossen wird ferner, zur Sammlung, Bearbeitung und Verarbeitung von Material für die Vertreter unserer Organisation in den verschiedenen Wirtschaftskörpern und Körperschaften in Berlin ein ständiges Bureau zu errichten.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung hält der Kollege Großmann (Hannover) das einleitende Referat. Er skizziert die Stellungnahme des Vorstandes, kritisiert die Mangelhaftigkeit der Berichterstattung über Lohnbewegungen und empfiehlt dem Beirat, die Anmeldefrist für Lohnbewegungen von 2 Monaten auf zwei Wochen herabzusetzen.

Nach umfangreicher Diskussion fällt der Beirat über die zu Punkt 2 vorliegenden Anträge folgende Entscheidungen: Der Antrag Frankfurt, zu § 1 des Streitreglements, der in seinem Hauptteil verlangt, die Genehmigung eines Angriffs- oder Abwehrstreiks durch die Gauleitung erfolgt die Einverständniserklärung des Hauptvorstandes, wird abgelehnt, weil Dezentralisation die Folge wäre. Disponieren kann nur eine Zentralfstelle schon mit Rücksicht auf die Finanzkraft. Die Gauleiter wehren sich selbst gegen die den Gauvorständen zugeordnete Befugnis. Abgelehnt wird ein Antrag Deimold, der bei Lohnbewegungen nach Erschöpfung des örtlichen Instanzenweges den Zahlstellen das Recht geben will, ohne Genehmigung des Vorstandes in den Streik zu treten. Abgelehnt werden auch ähnlich lautende Anträge der Zahlstellen Weissenfels, Gainsdorf, Stettin und München. Das gleiche Schicksal hat der Antrag München auf Streichung der §§ 2, 7, 8 und 10 des Streitreglements. Zu § 2 verlangt ein Antrag Eberswalde: „Die Worte 2 Monate sind zu ersetzen durch 2 Wochen.“ Der Beirat gibt seine Zustimmung. Die Anträge Berlin und Rathenow sind damit gleichfalls erledigt. Ein Antrag Langemünde zu § 5 des Streitreglements, die Worte drei Viertel sind zu ersetzen durch zwei Drittel, wird abgelehnt.

Angenommen wird dagegen ein Antrag der Zahlstelle Frankfurt, dem § 13 folgenden Zusatz anzufügen: „Sind Mitglieder an einer Arbeitseinstellung beteiligt, für welche nach Lage der Verhältnisse eine andere freie Gewerkschaft die Verantwortung trägt, so gilt die Genehmigung oder Nichtgenehmigung dieses maßgebenden Verbandes auch für unsere Mitglieder. Keinesfalls darf Streik-

unterstützung an unsere Mitglieder in solchen Fällen gezahlt werden, wo sie durch die maßgebende Organisation ihren Mitgliedern verweigert wird.“

Der Vorstand beantragt, dem Streitreglement folgenden § 4a anzufügen:

„Bei Tarifstreitigkeiten oder sonstigen Differenzen sind die tariflichen Schlichtungsinstanzen anzurufen. Im übrigen ist die Regelung von Differenzen durch Verhandlungen anzustreben und nötigenfalls die behördlichen Schlichtungsausschüsse in Anspruch zu nehmen. Das Ergebnis der Verhandlungen bzw. die Entscheidung der Schlichtungsinstanzen sind dem Hauptvorstand sofort mitzuteilen.“

Der Beirat beschließt demgemäß.

Angenommen wird auch folgender Antrag Lamprecht (Höchst): „Der Verbandsbeirat beschließt, daß in den nächsten Monaten eine Konferenz der chemischen Arbeiter einberufen wird, um über den Manteltarif für die chemische Industrie zu entscheiden. Die Gauen, in deren Gebiet chemische Industrie vorhanden ist, können auf je 4000 Mitglieder, welche in dieser Industrie arbeiten, einen Delegierten entsenden. Daneben können von solchen Gauen auch einige Geschäftsführer der Zahlstellen entsandt werden.“

Ferner stimmt der Beirat einem Antrage Rode (Braunschweig) zu, der verlangt: „Bei Abschluß von Tarifverträgen ist darauf hinzuwirken, daß den Betriebsräten das Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen und Einstellungen von Arbeitern eingeräumt wird.“ Angenommen wird auch der Antrag Schönfeld (Leipzig), in § 7 Absatz a hinter „in Orten“ einzufügen „und Bezirken“.

Zu Punkt 3 lag ein Antrag Frenzel (Magdeburg) vor, der zum Teil vorübergehend erhöhte Arbeitslosenunterstützung, zum anderen eine Ausgesteuertenunterstützung verlangt. Der Beirat lehnt den Antrag ab. Die Finanzen unseres Verbandes sind entsprechend der Mitgliederzahl und gegenüber der unsicheren Zukunft keine glänzenden zu nennen. Außerdem habe die Organisation mit ähnlichen Versuchen, wie der Antrag verlangt, keine guten Erfahrungen gemacht. Es sei aber auch zunächst Aufgabe des Staates und der Gemeinden, für die Opfer der Arbeitslosigkeit einzutreten. Die Verbandsbeiträge sind auch auf eine Erweiterung dieses Unterstützungsbezuges nicht eingestellt. Die Kampffähigkeit des Verbandes muß in erster Linie erhalten bleiben.

Zu Punkt 4 legt der Referent Thiemig (Hannover) einen Entwurf über den inneren Aufbau des Verbandes vor und gibt entsprechende Erläuterungen. Der Beirat stimmt dem Entwurf zu. Hierauf erlattet der Kollege Adler ein Referat über den Aufbau des Betriebsrätewesens. Er sowohl wie auch die nachfolgenden Diskussionsredner beschäftigen sich mit der Spruchpraxis und geben Fingerzeige, wie im Interesse unserer Mitglieder gewirkt werden kann. Die vom ersten Betriebsratetage erhobenen Forderungen werden unterstützt. Mehr und mehr zeigt sich, daß die Betriebsräte nur in Verbindung mit den Gewerkschaften erfolgreich für die Arbeiterschaft wirken können.

Zu Punkt 6 liegen Anträge auf Änderung der Gehaltsklasseneinteilung vor. Der Beirat lehnt alle Anträge ab und beschließt, es bei den Bestimmungen der Gehaltskommission zu belassen. Dagegen stimmt er folgendem Antrag Köln zu: „Der unter Zustimmung des Vorstandes in einzelnen Zahlstellen eingeführte Lokalbeitrag von 1 Mk. wird vom Verbandsbeirat anerkannt.“ Ferner ist der Beirat mit der finanziellen Beteiligung von Zahlstellen beim „Verband sozialer Baubetriebe“ einverstanden, wenn die Höhe der Anteilsumme unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse in bestimmten Grenzen bleibt, worüber der Vorstand jeweilig entscheiden soll.

Der Beirat beschließt, die Bestimmungen der Zusatzklasse für die Hinterbliebenen der verstorbenen Kollegen Heinrich Schneider (Hannover), A. Simon (Kassel) und Simon Knör (München) wirksam werden zu lassen.

Mit allen gegen 2 Stimmen wird folgende Entschließung angenommen: „Der Beirat des Verbandes der Fabrikarbeiter empfiehlt dem Hauptvorstand, den Anschluß an die am 25. Oktober zu Amsterdam neuerrichtete Internationale der Fabrikarbeiter zu vollziehen, und lehnt die Beitreibungen nach einem Anschluß an die entstehende kommunistische Internationale, als die Organisation schädigend, ab.“

Damit waren die Arbeiten des Beirates, die in jachlicher Form erledigt wurden, zu Ende.

Sozialisierung oder Gewinnbeteiligung.

Es nützt alles Sträuben nichts mehr, einmal muß der Anfang gemacht werden. Beim Kohlenbergbau sind alle Vorbedingungen für die Sozialisierung gegeben, d. h. soweit bei der heutigen Staatsformation von einer Sozialisierung überhaupt die Rede sein kann. Sozialisieren heißt bekanntlich bergesellschaftlichen, und zwar sollen die kapitalistischen Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft übergeführt werden. Man kann heute einen Industriezweig direkt verstaatlichen und Verwaltungs-, Aufsichts-, Kontroll- und sonstige Instanzen schaffen, man kann aber auch aus den verschiedenen Interessengruppen eine Genossenschaft bilden, die über Produktion, Verteilung, Verwaltung usw. verfügt. Den zuletzt genannten Weg halten wir für den vorteilhafteren. In jedem Falle aber sind die mit der Durchführung Betrauten der Gesamtheit, d. h. deren repräsentativen Vertretung, dem Reichswirtschaftsrat, resp. dem Reichsparlament verantwortlich.

Der Kohlenbergbau ist nun das Demonstrationsobjekt für die Einleitung der Sozialisierung überhaupt. Daß dieser Industriezweig herausgegriffen wird, ist kein Zufall. Gängt doch heute unser ganzes Staats- und Wirtschaftsleben tatsächlich von der Kohlenförderung ab, und der Gedanke ist unerträglich, daß das Leben des deutschen Volkes der Willkür einiger Privatbesitzer ausgeliefert sein soll.

Reichswirtschaftsrat und Reichskohlenrat haben sich seit langem mit der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues befaßt. Wie das ja erklärlich ist, konnte zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und denen der Arbeitgeber eine Einigung nicht zustande kommen. Es wurde dann eine Unterkommission eingesetzt, die nach längeren Beratungen zwei Vorschläge herausbrachte. Die Mehrheit der Kommission, bestehend aus den Herren Dr. Verhöld, Stinnes, Dr. Bögler, Dr. Silberberg, Imbusch und Wagner, hatten sich auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt, der in dem für die Arbeiter und Angestellten entscheidenden Punkt eine ausreichende Beteiligung der Arbeiter- und Beamtenchaft am Kapital der großen unpersönlich gewordenen Unternehmungen und an ihrem Ertrage in der Form von Kleinaktien zu 100 Mk. oder in der Uebergangsform von Genussscheinen vorsieht. Das heißt zu deutsch: Es wird nicht sozialisiert. Man will den Arbeitern und Angestellten einen Brocken hinwerfen, um sie zu beruhigen, und dann — Zeit gewonnen, viel gewonnen. Die Spekulation auf den persönlichen Egoismus des einzelnen dürfte aber verfehlt sein. Vom psychologischen Standpunkt aus ist das ein ganz verfehltes Experiment. Es dreht sich heute in der Frage der Sozialisierung nicht darum, so zu tun, als ob man wollte, sondern man muß wirklich wollen. Die Herren Ruzenbesitzer wollen ein Beihetel als Brandopfer bringen, um neun Beihetel für sich zu retten.

Die „Bergarbeiterzeitung“, das Organ des Verbandes der Bergarbeiter, nimmt in ihrer neuesten Nummer Stellung zu den Sozialisierungsvorschlägen, die aus dem Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates hervorgegangen sind. Sie bezeichnet die Vorschläge der Herren Stinnes, Silberberg und Bögler, die bekanntlich den Gedanken der Kleinaktie wieder aufleben lassen, als einen „urakten gelben Ladenaüter“, den man den Bergarbeitern zwei Jahre nach der politischen Umwälzung in Deutschland als Sozialisierung anbietet. Die „Bergarbeiterzeitung“ erinnert demgegenüber an die einmütigen Beschlüsse der Bergarbeiterinternationale in Genf, wonach die Bergarbeiter nur „in der Befreiung des privatkapitalistischen Profits aus dem Bergbau“ die Sozialisierung erblicken. Diese Formulierung entspricht einer Erklärung des christlichen Gewerkschaftsvorsitzenden Imbusch, der sich allerdings in der Unterkommission den Stinnes-Vorschlägen angeschlossen hat. In den Vorschlägen Stinnes, Silberbergs und Böglers, die den Joch den verstrickten gemächten Unternehmungen Vorbereitungen an Brennstoffen und Utmaterial in Aussicht stellen, erblickt die „Bergarbeiterzeitung“ eine gewaltige Vertuschung von Bergwerken, Eisen- und Stahlwerken, Maschinenindustrien, Cellulosefabriken, Elektrowerken, Zeitungsdruckerien usw. unter der Direktion eines riesenprivatkapitalistischen Konzerns, dem als „sozialistische“ Dekoration einige Vertreter der „Kleinaktionäre“ zugesellt würden. Das wäre eine Zentralisation der privatkapitalistischen Macht über unsere Volkswirtschaft, wie sie die kühnsten Bertsmagnaten selbst in der wilhelminischen Zeit nicht erreichen konnten.

Der Kleinaktienvorschlag, sagt die „Bergarbeiterzeitung“ weiter, ist ein großer Bluff, aber er ist auch noch etwas anderes: „Er ist geistesverwandt mit dem syndikalistisch-bolschewistischen Anspruch auf die Bergwerke für die Bergleute! Der wahre Sozialist betrachtet die Sozialisierung als die Angelegenheit des ganzen Volkes, nicht eines Berufes oder einer Klasse. Der wahre Sozialist will nicht an die Stelle des persönlichen Profitjagens den Gruppenegoismus setzen, will nicht, daß eine Gruppe oder ein Beruf egoistisch die anderen kämpft. Der Syndikalismus aber fordert die Bergwerke nur für die Bergleute, und der Stinnes-Silberberg-Bögler-Vorschlag will die Bergleute zu „Kleinaktionären“ machen und spannt so den Gruppenegoismus gegen das Allgemeininteresse ein. Diese Seelenverwandtschaft zwischen Kapitalismus und bolschewistischem Syndikalismus kann gar nicht stark genug betont werden.“

Man darf sich heute nicht mehr erlauben, ein Sozialisierungsscheißeinander vorzuführen, wie es der Mehrheitsvorschlag will, sondern die Sozialisierung des Bergbaus muß durchgeführt werden. Der Gesamttheit muß gegeben werden, was ihr gehört, und das sind zweifellos die Bodenschätze. Es würde sonst eine reizbare Stimmung geschaffen, die über kurz oder lang zu bösen Komplikationen führen könnte. Der Mehrheitsvorschlag mutet angeht die geistigen Einstellung der arbeitenden Schichten auf die Sozialisierungsfrage wie ein gewagter Witz an, und schlechte Witze darf man sich in ersten Dingen und in ersten Zeiten nicht erlauben. Der Mehrheitsvorschlag ist nach unserem Dafürhalten nicht einmal eine gelungenen Parodie auf die Sozialisierung. Von Arbeitnehmerseite liegt ein Gegenvorschlag des Genossen Berner vor. Er betont, daß die Ueberführung des Kohlenbergbaues in die Gemeinwirtschaft auf genossenschaftlicher Grundlage zu erfolgen hat, deren Träger die von der Gelehrgebung bestimmte deutsche Kohlenbergemeinschaft ist, bei deren Organisation sich gegenwärtige Interessen der Verbraucher, Produzenten und Allgemeinheit ausgleichen. Den führenden Persönlichkeiten muß Selbstständigkeit und Initiative im weitesten Umfange erhalten bleiben. Jede Bureaufkräftigung und hindernde

Ueberordnung ist auszuschalten; wie in den Konsumgenossenschaften ist die oberste Körperschaft die Generalversammlung, der Reichs-Kohlenrat. Er ist das gesetzgebende Organ. Ihm folgt als Kontrollinstanz der Reichsaufsichtsrat. An dritter Stelle kommt das Reichskohlenministerium als führendes Organ, dem Generaldirektionen in Zahl von etwa 20 untergeordnet sein sollen. Der Reichskohlenrat soll sich zu gleichen Teilen aus Arbeitnehmern des Bergbaues, Verbrauchern und Vertretern der Allgemeinheit zusammensetzen, die von den gesetzgebenden Körperschaften oder von der Regierung zu bestimmen sind. Seine Mitglieder sind außerdem Aufsichtsräte in den einzelnen Generaldirektionen. Der Kohlenaufsichtsrat soll aus mindestens 24 Mitgliedern bestehen. Seine Befugnisse sind durch Satzungen festzulegen. Er ist kontrollierendes und beratendes Organ des Reichskohlenministeriums, des ausführenden Organs, das aus mindestens fünf Mitgliedern bestehen muß. Diese Vorschläge nähern sich dem Standpunkt der sozialistischen Kommissionen in der vergangenen Sozialisierungskommission. Auf dieser Grundlage kommen wir zu einer wirklichen Sozialisierung, und nur darum kann es sich ja handeln. In dem Entwurf Werners ist weiter gesagt: „Zur Entschädigung der Unternehmer gibt die Kohlegemeinschaft Obligationen aus, verzinstlich mit 4 Prozent. Zur jährlichen Auslösung ist ein Drittel des Reingewinns zu verwenden. Die Preisbildung erfolgt nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten. Für die Preisfestsetzung ist ein übereinstimmender Beschluß vom Reichskohlenministerium und Kohlenaufsichtsrat notwendig. Ist keine Übereinstimmung zu erzielen, so entscheidet das Plenum des Reichskohlenrats. Das Einspruchsrecht des Reiches ist durch seine Vertreter in der Kohlegemeinschaft genügend berücksichtigt. Das Reich ist nicht am Reingewinn zu beteiligen, sondern kann die von ihm für erforderlich gehaltenen Abgaben von der Kohlegemeinschaft in Form von Steuern erheben. Der Reingewinn ist zu einem Drittel zur Auslösung der Obligationen, zu einem Drittel zu Rücklagen und zu einem Drittel für kulturelle Zwecke im Interesse der Bergbau treibenden Bevölkerung zu verwenden.“

Wenn wir dem Vorschlag Werners den Vorzug geben, so deshalb, weil es uns in erster Linie auf das „Wie“ ankommen muß. Das der Bergbau sozialisiert wird, ist eigentlich keine Frage mehr, denn hierüber herrscht bei den beratenden Instanzen Einigkeit. Nur über das „Wie“ streiten sich die Interessenten. Die Streitfrage ist: Privatwirtschaft oder Gemeinwirtschaft. Die Entwicklung geht zur Letzteren hin. Und wenn die Unternehmer erklären, die Sozialisierung führe nicht zum Aufstieg, sondern zum Niedergang, so erklären wir: der Beruf, Arbeiterkraft und Angestellte mit einer Scheinsozialisierung zu täuschen, würde den Zusammenbruch unserer Kohlenwirtschaft in greifbare Nähe rücken. Deshalb muß Ernst gemacht werden, ein Ausweichen kann und darf es nicht mehr geben.

Gegen das Koalitionsrecht.

Die Koalitionen aus der Vorkriegszeit werden immer leiser. Sie schöpfen neuen Mut, da sie sehen, wie die Arbeiterkraft von unantastbaren Elementen gegeneinander gehetzt wird, wie die Moskauer, die Syndikalistin und Unionisten die Zerstückelung der Arbeiterorganisationen systematisch betreiben. Diese Zerstückelung leisten vor allem die gelben Organisationen, und die Unternehmer werden ihnen dankbar dafür sein. Die weit die Zerstörung der Koalitionen bereits gediehen ist, zeigt eine Interpellation der deutschen Reichstages, in der nichts anderes als die gesetzliche Organisation des Streikbundes allgemein gefordert wird. Hinweisend auf die wilden, disziplinlosen Streiks glauben die Reichstagsmitglieder, der Reichstag werde in seiner Majorität nun bereit sein, dem Koalitionsrecht den Garaus zu machen. Die erwähnte Interpellation lautet:

„In der Nacht vom 5. zum 6. d. M. sind die Arbeiter der Berliner Elektrizitätswerke unter Bruch aller gewerkschaftlicher Grundzüge in einen jagenden wilden Streik getreten, der bis zum 11. d. M. gedauert hat.“

Durch den Streik, von dem die gesamte Elektrizitätsversorgung Berlins betroffen wurde, sind die schwersten Schäden und Gefährdungen für das ganze Wirtschaftsleben, für Verkehr, und ganz auch der Staatsbahn, für die öffentliche Ordnung und Sicherheit und für Leben und Eigentum der Bevölkerung herbeigeführt worden.

Was geschieht die Reichsregierung zu tun, um künftig ähnlichen Streiks wirksam zu begegnen und die Staatsautorität aufrecht zu erhalten? Ist die Reichsregierung bereit, die technische Notwendigkeit, falls dies erforderlich sein sollte, zweckentsprechend zu erfüllen und entsprechende Maßnahmen, insbesondere aber die zu treffenden Verfügungen dahin anzunehmen, daß nicht nur die Versorgung der sogenannten lebenswichtigen Betriebe, sondern auch der gesamten Bevölkerung mit Elektrizität, Gas und Wasser sichergestellt wird?

Ist die Reichsregierung bereit, zur dauerhaften Erreichung dieser Zwecke einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die am 10. d. M. zum Schutze gegen wilde Streiks und wilde Ausperrungen in lebenswichtigen Betrieben erlassene Verordnung des Reichspräsidenten ersetzt und ergänzt und diesen Schutz der lebenswichtigen Betriebe auf den öffentlichen Verkehr und die Landwirtschaft ausdehnt?

Die Interpellation ist nicht ungehört abgelehnt. Aber vielleicht darf man daraus erlernen — weil in der Zwischenzeit von Anarchisten — Staatsautorität die Rede ist — daß die Führer des Kapp-Putsch, die auch gegen die Staatsautorität auftraten, aus der Reichstagsmajorität hervorgegangen sind. Es ist recht nett von den Reichstagsmitgliedern, daß neben wilden Streiks auch wilde Ausperrungen verboten resp. präventiv gehindert werden sollen. Wir vermehren hier fast, es würde wilde Ausperrungen gar nicht geben. Das ist also lediglich eine Scheininterpellation. Das der Schutz auf den öffentlichen Verkehr und die Landwirtschaft ausgedehnt werden soll, ist für Reichstagsmitglieder selbstverständlich. Es dürfte nicht schwer fallen, überhaupt alle Streiks unter diesem Begriff zu bringen, und das ist auch die Absicht.

Weshalb aber kann die Reichstagsmajorität es heute wagen, solche Anträge im Parlament zu stellen? Weil die junge Majorität der Gewerkschaften — leider — dem Reichstag gegenüber zu oft schweigt hat, nicht nur, als sie jeden Tag, wenn es sich gerade tut, jedem kommunistischen Schmeißer nachhakt, der gegen sie aufsteht und Arbeiterrechte verteidigt, sondern weil

der in der Vorkriegszeit Speichelleber süßester Sorte war. Diese Gelben, denen ihr Schöpfer statt eines normalen Gehirns ein übernormales Maulwerk gab, haben jetzt Mut bekommen, da nicht mehr das persönliche Risiko für sie in Frage kommt wie vor dem Kriege. Wenn die jüngst organisierte Arbeiterkraft nicht zur Einsicht kommt, wenn sie nicht bald anfängt, sich an gewerkschaftliche Grundzüge zu halten, dann steht tatsächlich das Koalitionsrecht in Gefahr. Die Arbeiterkraft muß den Beweis erbringen, daß sie selbst weiß, wann und wo es gilt, auch einmal, wenn es sein muß, Sonderinteressen den Allgemeininteressen unterzuordnen. Aber jeder Esel bildet sich heute ein, er sei ein Held und ein Genie, wenn er einen alten, in der Arbeiterbewegung ergrauten Arbeiterfunktionär, der gewohnt ist, nach Vernunftgründen zu handeln, einen Verräter heißt. Und es muß auch gesagt werden, damit die es hören, die es angeht, es gibt auch Funktionäre, Angestellte, die zu feige sind, diesem Unfug entgegenzutreten, ihm vielmehr noch mitzumachen; und auch das sei einmal konstatiert, sie sind nicht unsere intelligentesten, und das ist noch ein Glück.

Hört ihr, Kollegen, es geht bergab mit der Arbeiterbewegung, wenn wir nicht dem Demagogie- und Karrentum, das sich als Führer und Arbeiterfreund aufspielt, den Laufpaß geben. Die Disziplinlosigkeit bei Lohnbewegungen müssen endlich aufhören. Der Unfug muß ein Ende nehmen, daß der Streik als erstes Mittel als letztes Mittel zur Anwendung kommt. Sonst werden wir wie ungezogene Kinder durch Gesetze im Zaume gehalten, durch Polizei und Behörde, weil wir unfähig waren, Selbstdisziplin zu üben, weil wir zu oft den Beweis unserer Zügellosigkeit erbracht haben. Das sind harte, unangenehme Worte, die hier ausgesprochen werden, aber es geht nicht mehr anders.

Unser Koalitionsrecht lassen wir uns nicht nehmen, dagegen wehren wir uns mit Händen und Füßen; aber es ist jetzt Zeit, daß wir beweisen, daß wir es richtig anzuwenden wissen. Wir müssen beweisen, daß wir den Begriff Freiheit verstanden haben, daß Freiheit nicht Willkür und Anarchie heißt. Noch ist es Zeit, kommt die Arbeiterkraft wieder zur erprobten gewerkschaftlichen Praxis, dann werden wir einig und geschlossen wie seither den Weg zum Aufstieg weitergehen, folgen wir den Moskauer gewerkschaftlichen Knapphäuten, dann geht es mit der stolzen deutschen Arbeiterbewegung rasend schnell dem Abgrund zu. Nun wählet!

9. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 2. und 3. November traten die Vertreter der Gewerkschaftsvorstände in Berlin zur 9. Tagung des Bundesauschusses zusammen. Ueber die Tätigkeit des Bundesvorstandes während des letzten Vierteljahres lag ein jährlicher Bericht vor, zu dem der Vorsitzende, Genosse Legien, noch einige weitere Ausführungen machte. In den Bericht schloß sich eine längere Ansprache, die sich auf das Verhalten zu den verschiedenen Verbänden bezog, die Einheit der deutschen Gewerkschaften zu prägen und wobei besonders hervorgehoben wurde, daß die Gewerkschaften solchen Beitreibungen nicht unläufig zusehen dürfen, wenn auch kein Grund vorliegt, zu befürchten, daß solche Beitreibungen Erfolg haben können. Ferner wurde gewünscht, daß das beim Bundesvorstand vorhandene Material über das Internationale Arbeitsamt den Vorständen zugefickt werde, damit sie dazu Stellung nehmen können. Außerdem drehte sich die Ansprache darum, wie weit es möglich ist, der Bewegung entgegenzutreten. Von verschiedenen Rednern wurde hervorgehoben, daß die Bewegung in Deutschland zum großen Teil von Ausländern abhängt, die kein Recht und keine Partei in Deutschland zu ändern in der Lage ist. Auf besonderen Wunsch war noch die erarbeitete Stellungnahme zur Behauptung der Reichsregierung gefickt worden. Der Bundesauschuß sah sich nicht veranlaßt, von seiner früheren ablehnenden Stellung abzuweichen.

Eine lange und eingehende Ansprache empfand sich über die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchungen. Es wurde dabei betont, daß die Bewegungen der Gewerkschaften nicht eingetrigt werden dürfen. Das zu dieser Frage vorliegende Material soll den Vorständen zugefickt werden, damit sie in der für Dezember geplanten nächsten Auswahlsitzung dazu Stellung nehmen können.

Dem Landparlament-Parlament wurde für die Herausgabe eines Blattes eine Unterabteilung von 5000 Mk bewilligt, unter der Voraussetzung, daß auch die Gewerkschaften, die daran beteiligte tauschweise Mitglieder haben, ebenfalls Gelder zu demselben Zweck hergeben. Bedingung ist dabei, daß das Blatt in gewerkschaftlichem Sinne geleitet wird.

Die in einer früheren Sitzung eingesetzte Kommission zur Regelung der Mitgliederrechte bei Uebertritten zwischen Bundesorganisationen habe einen längeren Bericht vorgelegt, aus dem hervorgeht, wie schwierig es ist, bei der großen Verschiedenartigkeit unter Gewerkschaften eine allgemeine Regelung zu finden. Bei der Ansprache darüber wurde auch die Frage einheitlicher Mitgliedsbücher erörtert. Um der Vorstände eine Stellungnahme zu der Angelegenheit zu ermöglichen, wurde hier auf die nächste Sitzung verzagt.

Eine weitere eingehende Ansprache erfolgte bei der Frage der Regelung der Mitgliederrechte bei Uebertritten zur Sicherung der Mitgliedschaft für den Fall, daß diese Gewerkschaftenmitglieder nach Ablauf des Probejahres zu ihrem früheren Beruf zurückkehren und wieder in ihre alten Betriebe einzutreten wünschen. Es wurde von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß unter der gegenwärtigen Not und Arbeitslosigkeit sehr wohl auch gute Gewerkschaftler dazu kommen können, in die Arbeitgeberkategorie einzutreten, und daß die betreffenden Gewerkschaftenmitglieder damit auch etwaswegs gleich mit einem Wokel bejaht werden könnten. Bei der Entscheidung über die Angelegenheit wurde nicht in Vergleich zu stellen zu dem früheren Mitgliederrecht. Beschlossen wurde, bei Uebertritt in die Arbeitgeberkategorie bis auf die Dauer von 12 Monaten die Mitgliedsrechte außer zu lassen. Wünschen dann diese Gewerkschaftenmitglieder wieder in ihren früheren Beruf und zu ihrer früheren Gewerkschaft zurückzutreten, so soll dem nichts entgegengehalten, vorausgesetzt, daß sie noch gesund sind.

Ein Antrag des Reiches der Schuhmacher auf Anstellung von Sonderberatern über Volkswirtschaft und Sozialismus wurde dahin erledigt, daß die von Reichsausschuß eingesetzten Untersuchungskommissionen zu prüfen werden sollen. Dem Ausschuss soll zu seiner Sitzung im Dezember ein jährlicher Bericht über den Stand dieser Sache vorgelegt werden. Ferner soll die Betriebsrätezentrale einen Plan für Untersuchungen für Betriebsräte anstellen. Die Angelegenheit soll durch Ertrag einer Sonderkommission erledigt werden. Ferner ist zu prüfen, wie weit für bestimmte Betriebsräte Sonderregeln von der Zentralstelle zu stellen sind, die demnach in den Betrieben vorliegen und zu diesem Zweck von einem Komitee zum Ausdruck kommen.

Das Statut des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes soll ausgearbeitet werden. Zu dieser Frage berichtigte Genosse Herrmann. Der Ausschuss kam zu der Schlussfolgerung, daß die Statuten über Arbeiterkategorie und Anwartschaft am besten von Amts wegen geändert werden, und daß die Statuten über die Gewerkschaften vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu prüfen sei. In Zusammenhang ist dabei, daß die einzige Statistik so gefickt wird, daß sie den Tatsachen entspricht. Ferner hat die Statistik-Kommission noch Vorschläge zur weiteren Ausgestaltung der Berufs- und Gewerkschaftsstatistik gemacht.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung: Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens, hat Herr Landmann Dr. J. J. Wagner einen ausführlichen eingehenden Vortrag gehalten, worin er zeigte, wie die ersten Schritte zur Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens gemacht sind. Wagner erwähnte ferner ein Bild vom Verband sozialistischer

Baubetriebe. Es erfolgte eine längere Ansprache, worin besonders auf die Wohnungsnot hingewiesen wurde und ferner auf die Unmöglichkeit, die Lösung dieser Wohnungsnot lediglich dem privaten Baugewerbe zu überlassen. Die wirkliche Lösung der Wohnungsnot sei nur auf dem Wege der Sozialisierung möglich. Ferner wandten sich einzelne Redner gegen die geplante Mietersteuer, bei welcher der Mieter nicht nach seinem Einkommen, sondern nach seinem Wohnungsbedarf bestraft wird, was also zur Folge hat, daß kinderreiche Familien, die einer größeren Wohnung bedürfen nun auch noch mit einer höheren Mietersteuer bestraft werden. Wenn die Wohnungsmieter dazu beitragen sollen, Gelder aufzubringen, damit den Wohnungslosen Wohnungen beschafft werden können, so seien diese Gelder durch Zuschläge zur Einkommensteuer und Erhöhung der Abgaben vom Wertzuwachs zu beschaffen. Es wurde ferner noch hervorgehoben, daß es kein zweites Gebiet gäbe, wo sich die produktive Erwerbslofenfürsorge in solch fruchtbringender Maße anwenden ließe, wie gerade beim Wohnungsbau. Beschlossen wurde, daß der Vorstand des Reichsausschusses Wohnungswesen verbieflichtigt und den Vorständen zur Verfügung gestellt werden solle. Ferner wurde beschloffen, eine Kommission einzusetzen, die der Sache noch näherzutreten und der nächsten Sitzung Bericht erstatten soll. In diese Kommission wurden gewählt die Genossen Frey (Fabrikarbeiter), Dismann (Metallarbeiter), Brunel (Töpfer), Ellinger (Bauarbeiter) und Schende (Steinmetz).

Es kam sodann zu einer langen und gründlichen Ansprache über die Stellungnahme zu den Arbeitsgemeinschaften. Der Vorstand des Schuhmacherverbandes hatte beantragt, der Bundesauschuß möge beschließen, „aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten“. Es wurden von beiden Seiten alle möglichen Gründe für den Austritt oder für das Verbleiben angeführt. Einzelne Gewerkschaftsvertreter berichteten über günstige Erfahrungen, wogegen von anderer Seite eingewendet wurde, daß diese Erfolge sich auch ohne Arbeitsgemeinschaften erzielen lassen. Der Antrag des Schuhmacherverbandes wurde mit 24 gegen 7 Stimmen abgelehnt und eine Entschädigung des Genossen Tarnow (Schuharbeiter) gegen 5 Stimmen angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Gewerkschaften sind der Arbeitsgemeinschaft beigetreten, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an der Führung der Wirtschaft zu beteiligen. In diesem Sinne ist die Arbeitsgemeinschaft ein brauchbares Mittel im Kampf um die Eroberung der wirtschaftlichen Macht und der Sozialisierung der Wirtschaft. Ihre Bedeutung ist jedoch zeitlich begrenzt und wird erlöschen, wenn mit der fortschreitenden Organisation der Gemeinwirtschaft andere, verfassungsrechtliche und gesetzlich fundierte Organe geschaffen werden, in denen die Arbeiter „ast an der Leitung der Wirtschaft beteiligt wird.“

Der Bundesauschuß hält zur Zeit die Arbeitsgemeinschaft noch nicht für überflüssig, glaubt aber, daß diese Frage erneut geprüft werden muß, wenn die Organisation der „Bezirkswirtschaftsräte“ durchgeführt worden ist.“

Vom Ortsausschuß Nürnberg lag ein Antrag vor, wonach der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bei Lohnregelungen einzugehen sollte. Dieser Antrag wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Einmütig angenommen wurde eine Kundgebung gegen die drohende Besetzung des Ruhrgebietes, die folgendermaßen lautet: „Von Tag zu Tag vermehren sich die Anzeichen, die die Gefahr einer gewalttätigen Besetzung unseres rheinisch-westfälischen Industriegebietes durch französische Streitkräfte näherbringen. Truppenzusammenschüßungen, Anlagen von Truppenübungs- und Flugplätzen im besetzten Rheinland offene Kundgebungen der französischen Presse und gleichgerichtete, an Bundesverrat grenzende Bestrebungen inländischer Kreise lassen keinen anderen Schluß zu, als daß der französische Militarismus nur auf eine günstige Gelegenheit wartet, um sich in den Besitz des Ruhrgebietes zu setzen und damit Deutschland den wirtschaftlichen Lebensadern abzuschneiden.“

Die Folgen einer solchen Vergewaltigung Deutschlands würden katastrophal werden, nicht nur für unsere Staats- und Wirtschaftseinheit, sondern auch für das gesamte Europa und für die wirtschaftlichen Beziehungen der Kulturvölker. Deutschland würde nicht allein zerstört, sondern ein 60-Millionen-Volk zugleich dem Hunger und der Verweilung überlassen und damit eine Gefahr für die übrige Kulturwelt geschaffen. Es mag imperialistische Kreise in Frankreich geben, die auch das trostlose Elend nicht von der Rücksichtslosigkeit, den Weltfrieden aufs neue bedrohenden Verfolgung ihrer Ziele abgesehen aber der einseitigen und weitestgehenden Teil der Menschheit und besonders die gesamte Arbeiterkraft aller Länder sollte diese Gefahren erkennen und mit uns zu verhindern suchen.“

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Vertretung der deutschen Arbeiterkraft, erhebt die jährliche Verwahrung gegen diese französischen Vergewaltigungsabsichten und warnt die verantwortlichen Gewalttäter auf das eindringlichste vor der Ausführung solcher Pläne.

Der Bundesauschuß erucht zugleich die Gewerkschaften aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen, und appelliert an den Internationalen Gewerkschaftsbund in London, eine Kundgebung im gleichen Sinne zu beschließen.“

Eine vom Zentralverband der Fleischer eingebrachte Entschädigung betreffend die Stellung der Gewerkschaften zum Steuerabzug mußte ebenfalls bis zur Dezemberberatung zurückgestellt werden.

Nachdem Genosse Köppler (Bergarbeiter) aus dem Bundesvorstand ausgeschieden ist, machte sich die Anstellung eines neuen Sekretärs notwendig. Beschlossen wurde, die Wahl in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Vom Vorstand des Dachdeckerverbandes lag ein Antrag vor, die in Frankfurt a. M. bei der Universität befindliche Akademie der Arbeit durch Zumeinung von Schülern zu unterstützen. Da diese Gelegenheit den Gewerkschaften auch finanzielle Verpflichtungen auferlegen kann, wurde zunächst beschloffen, eine Kommission zur Untersuchung der Frage einzusetzen. Gewünscht wurden die Genossen Dismann (Metallarbeiter), Ebner (Gastwirtschaftler), Streine (Metzler), Titmer (Gemeinde- und Staatsarbeiter) und Genossin Hanna („Gewerkschaftliche Frauenzeitung“).

An die Sitzung des Bundesauschusses schloß sich eine gemeinsame Sitzung mit den Redaktionen der Gewerkschaftsblätter, die sich mit der Stellungnahme zur Organisation der Betriebsräte und mit den Angriffen der Moskauer auf die Gewerkschaften Deutschlands und den Internationalen Gewerkschaftsbund beschäftigten. Die Konferenz sprach sich dahin aus, daß gegen die Behauptungen über die Stellung zu nehmen sei, die sich gegen die Beschlüsse des Betriebsrätekongresses wenden. Sie unterrichtete die Entschädigungen des Betriebsrätekongresses noch besonders und nahm einschließliche Stellung gegen die sogenannten selbständigen Betriebsrätezentralen. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung lag vom Bundesvorstand zusammengefaßtes Material vor, das gutgeheißen wurde und veröffentlicht werden soll. Im übrigen nahm die Konferenz scharf Stellung gegen die sogenannten kommunistischen Keimzellen, deren Aufgabe es ist, die Gewerkschaften zu einem Werkzeug der Kommunisten zu machen, oder sie zu zersprengen. Das beste Mittel dagegen ist die Aufklärung der Gewerkschaftenmitglieder. Zu diesem Zweck soll in der Gewerkschaftspressen mehr geschrieben.

Unionisten und unionistische Schrittmacher.

Von Kollegen aus Betrieben, in denen sich der unionistische Zerfall zeigt, bemerkbar macht, werden die Gewerkschaften häufig aufgefordert, gegen das Breitmachen der Unionisten Schritte zu unternehmen. Sonderbarerweise muß man konstatieren, daß nur dort ein Nährboden für die unionistische Gipsplunde ist, wo bislang der Kapitalismus Purzelbäume schlug. Ja, oft sind es die aktivsten gewerkschaftlichen Kollegen, die eigentlich vorbereitend für die Unionisten gearbeitet haben. Als Beispiel diene folgender Fall der Steiner Portlandzementwerkenfabrik Pöhlitz. Am 13. April reichten wir eine Forderung bei genannter Firma auf Erhöhung der Stundenlöhne ein. Nach langwierigen Verhandlungen, an denen auch der Metallarbeiter Fronte (jetziger Bezirksleiter) teilnahm, bot uns die Direktion für den ersten Monat 3,85 Mk., für den folgenden Monat 4,00 Mk. und für den nächstfolgenden Monat 4,25 Mk. für Vollarbeiter pro Stunde. Nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Zement-Industrie und nach dem Stande der Löhne, die hier am Orte gezahlt werden war der Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes der Ansicht, daß das Angebot akzeptabel sei, weshalb er in

der darauf folgenden Betriebsversammlung die Annahme desselben empfahl. Ein dort anwesender Böttcher Schulz, bestritt dem Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes das Recht, den Kollegen die Annahme des Angebots zu empfehlen; in dieselbe Reihe fühlte auch der obengenannte Franke und erlaubte sich noch, in der unanständigen Weise über das Votum im allgemeinen und ganz besonders über den Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes loszuziehen. Nach scharfer Auseinandersetzung mit diesen Phrasen wurde das Angebot abgelehnt und beschlossen, die Angelegenheit dem örtlichen Schlichtungsausschuss zur Entscheidung zu übergeben. Da nicht nur der Lohn für zu niedrig, sondern auch der Abschluß auf 3 Monate auf zu lange betrachtet wurde, fällt der Schlichtungsausschuss einen Spruch dahingehend, daß der Lohn auf 4,05 Mark pro Stunde und die Vertragsdauer auf unbestimmte Zeit festgesetzt wurde, so daß jedwede eine Veränderung eintreten könne. Für den ersten Monat waren bei diesem Spruch 20 Pfennig mehr herausgelassen, für den zweiten Monat war die Differenz 5 Pfennig und für die folgenden Monate waren es 15 Pfennig pro Stunde weniger, als bei der Vereinbarung festgesetzt wurde. Nach Verlauf von mehreren Monaten wurde abermals eine Forderung auf Erhöhung der Stundenlöhne gestellt, und die Direktion gab am 9. September 1920 folgende Antwort: „Wir bedauern, zur Zeit mit Rücksicht auf die Lage in der Zement-Industrie, insbesondere wegen der erheblichen Preissteigerung der Zementpreise vom 1. August 1920, nicht über eine Zulage verhandeln zu können.“ Auf Grund dieses Antwortschreibens reichte der Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes die Lohnforderung bei dem örtlichen Schlichtungsausschuss ein und versuchte in den nächsten Tagen die offizielle Zustimmung der Belegschaft einzuholen. In dieser Versammlung war nun nicht Franke, sondern stattdessen ein Kollege namens Müller anwesend. Dieser hatte weiter nichts zu sagen, als lediglich den Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes in der Tonart Frankes anzupöbeln. Er genierte sich nicht, zu erklären, daß die gesamten Gewerkschaftsangehörigen von Seiten der Belegschaft zum größten Teil aus jüngeren Elementen im Alter von 15 bis 18 Jahren bestanden, brachte belagter Müller es fertig, jede ordentliche Erledigung der Geschäfte zu verhindern, so daß die anwesenden Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes und des Hirsch-Dückerischen Gewerkschaftsverbandes in der Versammlung verließen und den bereits gestellten Antrag an den Schlichtungsausschuss zurückzogen. Die Belegschaft hat durch diese Handlungsweise des Franke bzw. des Müller einen Schaden von 15 Pfennig pro Stunde während 5 Monaten erlitten. Der Betrieb wurde jetzt etwas eingeschränkt, und der unionistische Müller, welcher einer von den Beteiligten war, kam mit zur Entlassung. Jetzt ereignete sich etwas Eigentümliches. Er suchte die Direktion des Betriebes auf, bat um Weiterbeschäftigung und erklärte, daß er sehr müde und wehmütig, daß er doch in ihrem Sinne gearbeitet hätte. Unrecht hatte er in eigentlich nicht damit. Wenige Tage später tauchte derselbe Müller in der chemischen Produktfabrik Pommerensdorf auf und bewarb sich um eine dort freigebliebene Aufseherstelle, wurde aber abgelehnt. Dessen ungeachtet kehrte er in die Portierstube ein und traf dort mit dem Betriebsrat des Betriebes zusammen, der sich aber nicht als solcher zu erkennen gab. Diefem erklärte er, als Arbeiter wolle er nicht eingestellt werden, sondern als Aufseher. Er versuchte für seine Ideen Propaganda zu machen und zog über die Gewerkschaften und deren Angehörige in altkameraler Weise her. Der Betriebsobmann hörte sich dies eine Weile mit an, bis ihm dann die Sache zu warm wurde und er Müller an die frische Luft beförderte. Er zog dann wie Freund Kleinede von dannen und erklärte, er hätte es zu gern gesehen, Gelegenheit zu bekommen, um mit den Kollegen des Fabrikarbeiterverbandes zusammenzutreffen.

Hoffentlich wird ihm diese Gelegenheit recht bald gegeben. Der ganze Vorgang beweist nur, daß der Boden für die Unionisten in der Zementfabrik von Seiten des belagten Franke und des Böttchers Schulz vorbereitet worden ist.

Zugleich haben die Kollegen der Hüllshor Zementfabrik ihren Helfer eingeschoben, und durch die Leitung des Fabrikarbeiterverbandes ist die Angelegenheit wieder in Ordnung gebracht worden. W. K.

Betriebsrätewesen. Ungewollte Möglichkeiten.

Schon oft wurde von gewerkschaftlicher Seite die berechtigte Forderung erhoben, daß auch Vertreter der organisierten Arbeiterschaft als angestellte Vertrauensleute in den Gewerbeinspektionen mit tätig sein sollen. Trotz Revolution und neuem demokratischen Staatssturz ist diese Forderung bisher unerfüllt geblieben. Und doch ist diese Forderung berechtigt, schon im Hinblick auf die praktischen Kenntnisse der Arbeitervertreter über die Betriebsverhältnisse und der damit verbundenen Möglichkeit durch praktische Maßnahmen die Unfallgefahren einzudämmen. Wie wichtig es ist, daß der Gewerbeaufsichtsbeamte das Seelenleben der Arbeiterschaft erkennen und beurteilen kann, geht aus der folgenden Tatsache hervor. Auf Veranlassung der Regierung sind die Gewerbeaufsichtsbeamten durch einen Ministerialerlass angewiesen worden zur Durchführung der neuen sozialen Gesetzgebung, besonders des Betriebsrätegesetzes, ein „verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu ermöglichen“. Eigenartigerweise sollen die Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorerst nicht von diesem Schritte der Regierung und der Gewerbeaufsichtsbeamten unterrichtet werden wie aus der folgenden Stelle des Ministerialerlasses hervorgeht: „Die Gewerkschaften und die Organisationen der Arbeitgeber dürfen als solche vorläufig nicht zu beteiligen, aber bei gegebener Gelegenheit über die Ziele dieser Maßnahmen zu unterrichten sein.“ Trotzdem die Regierung sich weiß, daß die Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber als die ausschlaggebenden Faktoren zur friedlichen Gestaltung des Wirtschaftslebens angesehen werden müssen, trotzdem es der Regierung nicht unbekannt ist, daß besonders die Gewerkschaften in der Lage sind, auf Grund ihrer organisatorischen Verbindung mit den Betriebsräten und der Gesamtarbeiterschaft das Verständnis zur Durchführung der neuen sozialpolitischen Gesetze unter der Arbeiterschaft zu fördern, sollen diese laut Ministerialerlass an der Sache vorerst nicht beteiligt werden. Auf Regierungseite scheint man der Auffassung zu sein, daß die Aufgabe der Gewerkschaften nur darin besteht, bei wirtschaftlichen Differenzen Vorschläge zu machen, und bei solchen „gegebenen Gelegenheiten“ können sie dann über die Ziele dieser Maßnahmen unterrichtet werden.“ Unter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft müssen aber die „Maßnahmen“ der Regierung bewußt gemacht werden und zu Differenzen führen, wenn sie ohne Mitwirkung der Gewerkschaften in der Art ausgeführt werden, wie es der Herr Gewerbeamt in Gummersbach belächelt der folgenden Rundschreiben an die Betriebsräte seines Aufsichtsbezirkes bedankt:

Gewerbeaufsichtsamt
Gummersbach, Gummersbach, den 29. 9. 1920.
Tgl. - Nr. 2094.

Ar den Herrn Vorpresidenten des Betriebsrates der
Firma: in Gummersbach.

Es ist angeregt worden, den Versuch zu machen, regelmäßige ungewollte Ausprägungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen. Diese Einrichtung ist schon früher von Arbeitgebern getroffen worden, um außerhalb des Betriebes zwanglos mit ihren Arbeitnehmern Fühlung zu gewinnen.

Um den ungewollten Charakter der Zusammenkünfte und Ausprägungen zu wahren, würden sie am besten an einem vollständig neutralen Orte, z. B. in einer Wirtschaft, zu veranstalten sein. Der Personalrat würde zweckmäßig nicht auf die Rüstung des Betriebsrates und der Betriebsauschüsse beschränkt werden, auch der Gegenstand der Ausprägung könnte unbedenklich auf andere als die im Betriebsrätegesetz bezeichneten Gegenstände ausgedehnt werden.

Man begt die Erwartung, daß derartige Zusammenkünfte und Ausprägungen vor allem auch einen nachhaltigen günstigen Einfluß auf die Ausgestaltung des persönlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausüben werden. Von besonderer Wichtigkeit ererbigen sie für die jetzige Uebergangszeit insofern, als sie dazu beitragen können, sowohl den Arbeitgebern wie den Arbeitnehmern ein Gineinsfinden in die ungewohnten Gedankengänge der neuen sozialpolitischen Gesetze und deren Durchführung zu erleichtern.

Sie bitte, mir Ihre Ansicht über die genannte Einrichtung (ob und was Sie sich von ihr versprechen) und über ihre Durchführbarkeit mit-

möglichst, spätestens bis zum 5. 10. 1920 mitzuteilen, bzw. Vorschläge über etwaige sonstige Maßnahmen zu machen, die einer Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dienlich sein können.

Mitter.
Gewerbeamt.

Fassung und Inhalt dieses Rundschreibens müssen bei den Betriebsräten und bei der Arbeiterschaft den Eindruck hervorrufen, daß durch derartige Betriebsversammlungen hinter dem Rücken der Gewerkschaften die Arbeiter mit Hilfe der Arbeitgeber „eingeeicht“ werden sollen. Nicht mit Unrecht teilen uns Betriebsratsmitglieder mit, daß diese Art der Zusammenkünfte geeignet sei, besonders den bekannten Unternehmern vom „alten Schrot und Korn“ Gelegenheit zu geben, gegen die ihnen verhassten Gewerkschaften Loszuzusetzen und der Arbeiterschaft die „allein seligmachenden gelben Wertvereine“ wieder zu empfehlen und deren Aufrechterhaltung bei solchen Veranstaltungen zu sichern.

Die Bemühungen zur Wiederaufrichtung der gelben Wertvereine, die mit nicht unerheblichen finanziellen Mitteln in der Papierindustrie und anderen Gewerbebezügen in der letzten Zeit unternommen wurden, lassen diese Vermutung und Befürchtung der Betriebsratsmitglieder auch bezichtigt erscheinen. So führt denn das Vorgehen der Regierung und der dabei mit tätigen Gewerbeaufsichtsbeamten anstatt zu „einem verständnisvollen Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ zu Mißtrauen auf Seiten der Arbeiterschaft und damit zu neuen wirtschaftlichen Konflikten. Von den Regierungsvorstehern und nicht zuletzt von den Gewerbeaufsichtsbeamten hätte man voraussetzen sollen, daß sie als Männer des öffentlichen Lebens die Gefahr der ungewollten Möglichkeiten aus den von ihnen getroffenen Maßnahmen erkannt, und um diesen vorzubeugen erst einmal Fühlung mit den Gewerkschaften genommen hätten. Statt dessen schaltet aber der Ministerialerlass die Gewerkschaften „vorläufig“ aus und glaubt wahrscheinlich, die „gegebenen Gelegenheiten“ zur Unternehmung der Gewerkschaften erst dann gekommen, wenn Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Folgen dieses Ministerialerlasses sind. Da wir solche Differenzen bestrafen empfehlen wir unseren Betriebsratsmitgliedern, derartigen Veranstaltungen nicht zuzustimmen, sondern wie bisher erst mit ihrer Verbandsleitung Fühlung zu nehmen.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Unfälle und Berufskrankheiten in der chemischen Industrie.

Aus Ludwigshafen a. Rh. wird gemeldet, daß in der Weinstofffabrik Henschler vor acht Wochen ein polnischer Arbeiter an der Schleuder tödlich verunglückte. Der Arbeiter erhielt einen Schlag vor den Kopf und wurde bewußtlos aufgefunden. Ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, verstarb er am anderen Tage. Am Montag, dem 8. November, verunglückte wieder ein polnischer Arbeiter an derselben Schleuder. Er hatte ein handgroßes Loch am Bauch und schleppte sich in diesem Zustande zu seinem Arbeitskollegen die Treppe hinauf. Dort brach er bewußtlos zusammen. Es ist notwendig, daß sich die Gewerbeinspektion in dem Betrieb umsieht, der schon früher vor dem Kriege in technischer Beziehung vieles zu wünschen übrig ließ und manchen vermeidbaren Unfall zu verzeichnen hatte. Aufgabe unserer Kollegen im Betrieb und in der Zahlstellenleitung muß es sein, für ausreichenden Arbeiterschutz zu sorgen.

Die vor dem Kriege von uns oft geschilderten Gefahren im Chrombetrieb der Anilinfabrik bestehen auch noch fort. Nach langem Siechtum ist unser Kollege Lorenz Fritz aus diesem Betrieb verstorben. Unsere Kollegen dieses Betriebes haben die Pflicht, ihre Aufmerksamkeit auf die Gesundheitsgefahren zu richten. Die Betriebsverhältnisse müssen auf ihre Zweckmäßigkeit geprüft und Verbesserungsvorschläge der Betriebsleitung unterbreitet werden. Vor allem dürften die Fabrikärzte den Betrieb eingehend studieren und den Ursachen der Erkrankungen nachgehen. Endlich muß es doch gelingen, den Mörder Chrom zu überwinden.

Industrie der Steine und Erden

Aus der Außenhandelsnebenstelle Grobkeramik.

Der am 10. November abgehaltene Sitzung der Außenhandelsnebenstelle Grobkeramik lag ein Antrag vor, die Ausfuhr von Kapselgerben zu genehmigen. Es handelte sich dabei um Scherben der verbrauchten feuerfesten Kapseln, in denen in der Porzellan- und Steingutindustrie die Porzellan- und Steingutwaren gebrannt werden. Diese Kapselgerben wurden seither in die Industrie feuerfester Erzeugnisse abgeliefert, die außer der finanziellen Entschädigung ein entsprechendes Quantum von feuerfestem Ton als Gegenleistung zurücklieferte. Infolge der niedrigen Baluta werden gegenwärtig den Porzellan- und Steingutfabriken für die Kapselgerben von der ausländischen Industrie ziemlich hohe Preise geboten. Diesen Preisen konnten die Unternehmer nicht widerstehen. Die Rücksicht auf die heimische Industrie mußte zurücktreten. Man verlangte die gewinnreichere Ausfuhr. Die Außenhandelsnebenstelle hatte für dieses Verlangen kein Verständnis und lehnte es ab. Es wurde dabei betont, daß ein für die heimische Industrie notwendiges Rohmaterial nicht ausgeführt werden darf. Die Kapselgerben sind für die feuerfeste Industrie besonders wertvolles Rohmaterial, da es den ersten Brennprozeß passiert hat. Diese Tatsache war besonders für die Vertreter der Arbeitnehmer bei der Ablehnung des Antrages maßgebend.

Durch den erfolgten ersten Brennprozeß der Kapselgerben ist ein gewisses Quantum Kohlen aufgebraucht. Dieses Quantum Kohlen geht der heimischen Industrie verloren, wenn die Kapselgerben ausgeführt werden. Es muß dann erst der Ton gebrannt werden, um Scherbenmaterial zu erhalten. Bei der gegenwärtigen Kohlennot wäre es unverantwortlich, der indirekten Kohlenausfuhr zuzustimmen, nur um den Gewinn der Porzellan- und Steingutfabriken zu erhöhen.

Ein Antrag aus der Schwemmsteinindustrie verlangte das Ausfuhrverbot von Bimsand. Der Bimsand ist das Rohmaterial für die Schwemmsteinindustrie. In den letzten Jahren sind größere Mengen Bimsand nach Holland ausgeführt worden, so daß die dort nötigen Schwemmsteine für ein ganzes Jahr an Ort und Stelle hergestellt werden können. Damit ist die heimische Schwemmsteinindustrie enorm geschädigt. Der Beschäftigungsgrad bei dem Versand des Bimsandes bleibt weit hinter dem der Verarbeitung des Bimsandes zu Schwemmsteinen zurück. Das bedeutet eine Schädigung der Schwemmsteinarbeiter. Das war für uns Urache genug, dem Antrag statzugeben und das Ausfuhrverbot von Bimsand auf ein Jahr zu befürworten. Die noch ausstehenden Ausfuhrbewilligungen sollten eingesogen werden.

Verschiedene Industrien

Eine Konferenz für die Arbeiterschaft der Margarine- und Ölwerke im Gau 14

tagte am 7. November in Gieba. Vom Hauptortland war der Branchenleiter, Kollege Senfteil, erschienen. Die Tagesordnung lautete: 1. Unsere Tarifpolitik in der Margarineindustrie. 2. Warum kamen wir nicht zu einem Bezirks-Lohnabkommen in der Delinindustrie? Der Referent zu Punkt 1. Kollege Mügred, führte die Konferenzteilnehmer in die Vorkriegszeit zurück und wies an Hand zahlreicher Materials überzeugend nach, wie ungeheuer schwer es vor dem Kriege überhaupt war, Tarifverträge abzuschließen. In der Margarineindustrie am Niederrhein war es ganz besonders schwer, weil vor dem Kriege die niederheinischen Arbeiter das Organisationsbedürfnis noch nicht voll erkannt hatten. Trotzdem war es dem Fabrikarbeiterverbande in Gieba auch schon vor dem Kriege möglich, einen Vertrag zu tätigen. Nachdem die Revolution ihre Wellen auch nach dem schwarzen Niederrhein geschickt hat, haben auch die niederheinischen Kollegen das Organisationsbedürfnis erkannt und sich in der übergroßen Mehrheit der modernen Arbeiterbewegung angeschlossen. Zwei Drittel unserer Branchenkollegen stehen am ehemaligen schwarzen Niederrhein hinter dem Fabrikarbeiterverbande. — In der Margarineindustrie haben wir einen Reichsstarif, darin sind Reichs-Lohnabkommen vorgehen. Wir haben uns damals bei den Vorverhandlungen darüber geäußert, was besser sei: Bezirks- oder Reichs-Lohnabkommen. Die Mehrheit entschied sich für ein Reichs-Lohnabkommen. Redner schloß dann die Licht- und Schattenseiten des Reichs- resp. Bezirks-Lohnabkommens und kommt zu dem Resultat, daß für das rheinisch-westfälische Gebiet ein Bezirks-Lohnabkommen das bessere sei. Daß wir im wesentlichen Bezirk besondere Verhältnisse haben, wurde ja auch von den Unternehmern in Berlin bei den Vorverhandlungen am 4. September anerkannt, indem man eine paritätische Kommission bestimmte, die unsere besonderen Verhältnisse zu prüfen hatte. Dem hat auch die paritätische Kommission Rechnung getragen, indem sie für alle Arbeiter einen Teuerungszuschlag bis zu 50 Pf. pro Stunde gewährte. Redner sagte dann am Ende seiner Ausführungen das Gelegte dahingehend zusammen, daß von Seiten des Fabrikarbeiterverbandes alles getan worden ist, was im Interesse der Kollegen getan werden mußte. Manches sei erreicht worden, und manches sei noch zu erreichen, wenn die Kollegen mit dafür Sorge tragen, daß wir den immer größer und mächtiger werdenden Konzernen eine einzige, große, mächtige Organisation entgegenstellen können. In der Diskussion war man im allgemeinen mit dem Referenten einig. Das Disziplinier Margarineabkommen, das uns von den Unternehmern als Bebingung vorgelegt wurde, hat uns gezeigt, daß die Unternehmer es verstehen, auf der einen Seite zu nehmen, was auf der anderen bewilligt wurde. Die Giebaer Kollegen werden am schwersten durch dieses Abkommen getroffen, und nur der Umstand, daß ein anderer Teil unserer Branchenkollegen einen Vorteil hat, wie zum Beispiel die Köhler, hat die Giebaer Kollegen bewegen, das Abkommen anzunehmen. Sie glauben auch später von den übrigen Branchenkollegen Solidarität verlangen zu können. Die Giebaer Kollegen werden außerdem noch von der Firma indirekt bestraft, weil sie durch eine einseitigbügige Arbeitsüberlegung das sofortige Zusammentreten der paritätischen Kommission erzwingen haben, indem die Firma bei der Herbsttarifverhandlung der Belegschaft kein Verständnis für die Not der Belegschaft zeigte. Ein Mitglied des Angekellertarifes, der die Direktion des öfteren in unseren Sitzungen vertritt, erklärte, nur deshalb, weil man damals getreift habe, rühre die Firma sich nicht. Ist das das versprochene Entgegenkommen? Die Arbeiter werden sich das merken, wenn sie der Firma besonders entgegenkommen sollen.

Der Kollege Senfteil erläuterte dann einiges aus dem Reichsstarif und beantwortete die gestellten Fragen. In seinem Schlußwort stellte der Referent Kollege Mügred fest, daß alle Diskussionen darin einig gewesen seien, daß die Tarifpolitik des Fabrikarbeiterverbandes die richtige gewesen sei.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung referierte der Kollege Birth (Köln) über das Bezirks-Lohnabkommen in der Delinindustrie. Er wies an Hand ihm vorliegenden Materials und der Korrespondenz nach, daß einzig und allein das Unternehmertum schuld an der Verschleppung bzw. an dem Nichtzustandekommen eines Bezirks-Lohnabkommens sei; die Gewerkschaft hat nichts unterrichtet gelassen. Er empfiehlt nunmehr ein örtliches Vorgehen. — Nachdem von den Kollegen Senfteil und Knops (Gieba) die Taktik der Christen, besonders des Christlichen Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiterverbandes und dessen Vertreters Giebel gebührend gekennzeichnet war, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Fabrikarbeiterverband die sehr ausregend verlaufene Konferenz. P. K.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Ein Kommunist gegen Moskau.

Vom 1. bis 3. November tagte der Beirat des Zentralverbandes der Angestellten. Nach einem Referat des Verbandsvorsitzenden Urban nahm die Tagung zu den Thesen des zweiten Kongresses der Dritten Internationalen Internationale in Moskau Stellung. Beirat und Vorstand erklärten, daß Mitglieder, die die Thesen der Dritten Internationalen zur Gewerkschaftsfrage billigten, nicht Beamte der Organisation sein könnten.

Gegen Mitglieder, die dem Beschluß zuwiderhandeln, soll mit allen jahnungsgemäßen Mitteln vorgegangen werden, weil eine Tätigkeit nach den Grundfäden der Dritten Internationalen mit der Mitgliedschaft im Zentralverband unvereinbar ist.

In diesem Zusammenhang wurde die Tätigkeit des Redakteurs Paul Lange, der die Kampfbücher der Dritten Internationalen vertrieben hat, gemißbilligt. Lange erklärte darauf, daß er die Beschäftigung der Arbeitssamenwirtschaft freier Anstelltenverbände (Afa) gegen die Dritte Internationalen billige und sich verpflichte, entschieden gegen die Thesen der Moskauer Internationalen in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen und daraus alle Konsequenzen zu ziehen.

An die Ortsauschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Bei den Wahlen der Beiräte zu den Gewerbegerichten hat sich mehrfach gezeigt, daß die Ortsauschüsse der Afa und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit getrennten Listen in die Wahlarbeit emgetreten sind. Dies hat naturgemäß zu einer Stimmenzerpflückerung geführt, die den Gegnern zugute kommen mußte.

Die kommunistischen Früchte reifen.

In einer Versammlung der Berliner Kommunisten hat sich folgender Vorgang ereignet. Während der Kommunist Neumann sprach, drang eine Deputation der Arbeitslosen mit Gewalt in den Saal ein, um die Annahme einer Resolution mit folgenden Punkten durchzusetzen: 1. Solle die Partei für alle Arbeitslosen; 2. Einleitung der Produktion. Die in kommunistischen Versammlungen gewohnte Unruhe griff immer mehr zu sich, und als der Führer der Arbeitslosen das Wort verlangte, es aber nur unter der Bedingung, daß keine Gelächter ruhig werde, erhalten sollte, erklärte er, die Wahlen nicht mehr zurückzuführen zu können, wenn er nicht sprechen könne. Der Vorsitzende der Versammlung jagte hierauf wörtlich: „Ich muß das Verhalten des Führers der Arbeitslosen öffentlich brandmarken.“

Eine anschließende vorgenommene Abstimmung sprach sich gegen den Führer der Arbeitslosen als Redner aus, worauf keine Anhänger ihren Zorn in größerem Umfang ventilierten. Der Gewalt folgend und um

Rundschau.

Die kommunistischen Früchte reifen.

In einer Versammlung der Berliner Kommunisten hat sich folgender Vorgang ereignet. Während der Kommunist Neumann sprach, drang eine Deputation der Arbeitslosen mit Gewalt in den Saal ein, um die Annahme einer Resolution mit folgenden Punkten durchzusetzen: 1. Solle die Partei für alle Arbeitslosen; 2. Einleitung der Produktion. Die in kommunistischen Versammlungen gewohnte Unruhe griff immer mehr zu sich, und als der Führer der Arbeitslosen das Wort verlangte, es aber nur unter der Bedingung, daß keine Gelächter ruhig werde, erhalten sollte, erklärte er, die Wahlen nicht mehr zurückzuführen zu können, wenn er nicht sprechen könne. Der Vorsitzende der Versammlung jagte hierauf wörtlich: „Ich muß das Verhalten des Führers der Arbeitslosen öffentlich brandmarken.“

Eine anschließende vorgenommene Abstimmung sprach sich gegen den Führer der Arbeitslosen als Redner aus, worauf keine Anhänger ihren Zorn in größerem Umfang ventilierten. Der Gewalt folgend und um

Maße zu erhalten, ließ dann die Verammlung einen Führer der Arbeitslosen wählen, der für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu den Gebieten nicht verfahren hat, denn er erklärte, "wenn ihr Arbeitenden nicht mit uns zusammengeht, dann kommen wir in die Betriebe und bieten uns billiger an." Als die Verammlung diese Ausführungen mit Beifall begleitete, drangen auch die anderen Arbeitslosen in den Saal ein. Der Vorsitzende erklärte sich jetzt zu der Erklärung bereit, man werde sich bei kommenden Verhandlungen gegen solche Rückstellungen zu schützen wissen. Hierauf rief man ihm zu: "Soll doch die Polizei!" Die Verammlung mußte geschlossen werden, da es zwischen den Kommunisten, die die Welt befreien wollen, zu Schlägereien kam. Mehrere Arbeitslose erlitten beträchtliche Verletzungen, so daß die Polizei einschreiten mußte.

Den Kommunisten geföllten nunmehr die Früchte ihrer eigenen Erziehung nicht mehr. Ueber den Vorgang konnte man lachen, wenn er nicht so traurig wäre. Sind es doch lauter Arbeiter, die unter dem Schläger der Reaktion solch wüste Szenen auführen.

Aufruf zur Volksammlung für das notleidende Kind.

Kinder in Not!
Diese Katastrophe hat die acht großen Zentralorganisationen für Wohlfahrtspflege zu einem gemeinsamen Hilfsaufruf vereinigt, um durch Anbringung privater Mittel der Wohlfahrtspflege neue Kräfte zuzuführen, die einzig und allein der Erhaltung und Befundung unserer Kinder dienen sollen.

Der Krieg hat unerhörte Verluste an Menschenleben und schwere Entbehrungen an Gesundheit bei Männern und Frauen gelöst; jährlings sind aber die Folgen jahrelanger Nahrungsmittel für unsere Kinder. Hier droht der Zukunft ernste Gefahr. Kindertodesfälle und Säuglingssterblichkeit sind in erschreckendem Maße gewachsen, merkwürdig ist die Art, die sich zum Teil verheerend vor jedem Auge verdingt. Viele Hunderttausende von Kindern sind krank und gehen mit unterernährtem geschwächtem Körper ins Leben, die kümmerlichste Nahrung muß verbergen, das kein Hund den abgezehnten Körper deist. Der kommende Winter wird diese Leiden noch unendlich vermehren.

Reich, Staat und Gemeinde sind zur Zeit allein außerstande, diesem Notstand zu wehren, deshalb muß die freie Liebestätigkeit einsetzen, um dem Schicksal entgegenzutreten.

In unsere Gesundheitsgenossen in Stadt und Land, besonders aber an alle Ortsausgänge, wenden wir uns deshalb mit dem Ersuchen, die in den nächsten Wochen ersolgenden Sammlungen der "Deutschen Kinderschule" nach besten Kräften zu unterstützen. Die Not ist groß, und nur ein Zusammenwirken aller gibt die Möglichkeit einer wirklichen Hilfe.

Die Verteilung der gesammelten Mittel liegt in den Händen eines zentralen Ausschusses und bietet Gewähr einer sorgfältigen Verwendung. Wir erwarten, daß die Solidarität unserer Gesundheitsgenossen zur Rettung unserer notleidenden Kinder nicht vergeblich angereufen wird.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
P. Grafmann

Berichte aus den Zahlstellen.

Begrüßung. In der Mitgliederversammlung sprach der Kollege Großmann aus Dresden über die historische Entwicklung des Mitgliedentages. So angesehen übertrug er die Rede über den sehr guten Verlauf der Versammlung war, waren auch wir über seine Ausführungen. So manchem ging ein Licht auf über den Kampf um die Verfassung der Arbeitszeit. Der Verlauf am Schluß der Ausführungen hat uns auch überzeugt, daß es ganz richtig ist, immer unseren Mitgliedern zu unterrichten, sie hätten kein Interesse an den Versammlungen. Wir werden auch auf dem Wege weiter gehen und immer gute Vorträge halten lassen. Besonders unsere Frauen sind auf der Höhe, obwohl in Bezug auf die wichtige Mitglieder sind. Bei den Ortsgruppen gibt es allerdings auch einige, in denen der Kampf um die Verfassung der Arbeitszeit verstanden ist. Der Bauarbeiterverband hat eine Genossenschaft gegründet mit dem Ziel: für Wohnungen zu sorgen. Wenn der Bauarbeiterverband so weit ist und wir mit 5000 Mk. beteiligt. Darin sehen wir einen Weg zur Verwirklichung der Bauernfrage und können damit unseren Kollegen in den Gegenden Arbeit bringen. Für die Kinder findet am 29. Dezember eine große Zeit, in welcher Gesang, Musik und Theater abgehalten. Einmal ist für die Mitglieder im Stadttheater eine Vorstellung und später wieder ein Konzert von ersten Sängern. Ein Vortrag über Land und Leute in Amerika kommt im Januar auch an die Reihe.

Konkurrenz. Am 17. Oktober hielt die hiesige Zahlstelle eine Betriebsversammlung der drei Zahlstellen ab, um zu dem ablaufenden Standpunkt der Arbeiter zu weiteren neuen Konkreten Stellung zu nehmen. Zum 1. Vorsitzenden, Kollege Schömann, wurde das abgeordnete Betriebsausschreiben der Arbeiter über das große Interesse an der Verfassung der Arbeitszeit. Die Betriebsausschüsse wie Kollegen verurteilen gegen das Verhalten der Unternehmer. Hiermit ging Kollege Ernst Schömann mit seinen Ausführungen über ins Gericht und sagte, daß es Pflicht der Arbeiter sei, jetzt mehr denn je die Augen offen zu halten, denn es kommt alles herein. Er forderte von den Kollegen mehr festgesetztes Vertrauen untereinander. Er appellierte an das Solidaritätsgefühl der Kollegen und ermahnte sie, sich zusammenzuschließen.

Begrüßung. Am 7. November fand im Reichspalast unsere Ortsgruppenversammlung statt. Der Saal war bis zum Ende gefüllt, so daß nicht alle Platz finden konnten. Ueber 500 Mitglieder, darunter viele Gastgenossen, folgten mit gespannter Aufmerksamkeit der Tagesordnung, die zu erledigen stand. Die Tagesordnung für das 3. Quartal erhellte die Lage, aus dem folgenden zu entnehmen ist: Die Einnahmen und Ausgaben der Zahlstelle betragen sich mit 29 613,94 Mk. ab. An die Hauptkasse wurden 20 543,51 Mk. eingezahlt. Die Einnahmen und Ausgaben der Zahlstelle betragen sich mit 61 077,42 Mk. Der Saldo der Zahlstelle hat eine Höhe von 33 533,90 Mk. erreicht. Die Mitgliederzahl beträgt 3000, darunter 391 weibliche. Die Mitgliederzahl ist gegen das vorige Quartal etwas zurückgegangen, da durch die Einführung der Zwangsarbeit ein Teil unserer Mitglieder in die Betriebe überführt wurde. In der ersten Hälfte des Jahres hat die Zahlstelle eine Reihe von Besuchen bei den Betriebsausschüssen. Unser Gewerkschaftsausschuss hat sich in einer Reihe von Besuchen über die Verhältnisse in den Betrieben informiert und hat die Arbeiter über die Lage der Betriebe informiert. In der ersten Hälfte des Jahres hat die Zahlstelle eine Reihe von Besuchen bei den Betriebsausschüssen. Unser Gewerkschaftsausschuss hat sich in einer Reihe von Besuchen über die Verhältnisse in den Betrieben informiert und hat die Arbeiter über die Lage der Betriebe informiert.

Wahltag. Am 6. November fand unsere Monatsversammlung statt. Der Saal war bis zum Ende gefüllt, so daß nicht alle Platz finden konnten. Ueber 500 Mitglieder, darunter viele Gastgenossen, folgten mit gespannter Aufmerksamkeit der Tagesordnung, die zu erledigen stand. Die Tagesordnung für das 3. Quartal erhellte die Lage, aus dem folgenden zu entnehmen ist: Die Einnahmen und Ausgaben der Zahlstelle betragen sich mit 29 613,94 Mk. ab. An die Hauptkasse wurden 20 543,51 Mk. eingezahlt. Die Einnahmen und Ausgaben der Zahlstelle betragen sich mit 61 077,42 Mk. Der Saldo der Zahlstelle hat eine Höhe von 33 533,90 Mk. erreicht. Die Mitgliederzahl beträgt 3000, darunter 391 weibliche. Die Mitgliederzahl ist gegen das vorige Quartal etwas zurückgegangen, da durch die Einführung der Zwangsarbeit ein Teil unserer Mitglieder in die Betriebe überführt wurde. In der ersten Hälfte des Jahres hat die Zahlstelle eine Reihe von Besuchen bei den Betriebsausschüssen. Unser Gewerkschaftsausschuss hat sich in einer Reihe von Besuchen über die Verhältnisse in den Betrieben informiert und hat die Arbeiter über die Lage der Betriebe informiert.

Wahltag. Am 6. November fand unsere Monatsversammlung statt. Der Saal war bis zum Ende gefüllt, so daß nicht alle Platz finden konnten. Ueber 500 Mitglieder, darunter viele Gastgenossen, folgten mit gespannter Aufmerksamkeit der Tagesordnung, die zu erledigen stand. Die Tagesordnung für das 3. Quartal erhellte die Lage, aus dem folgenden zu entnehmen ist: Die Einnahmen und Ausgaben der Zahlstelle betragen sich mit 29 613,94 Mk. ab. An die Hauptkasse wurden 20 543,51 Mk. eingezahlt. Die Einnahmen und Ausgaben der Zahlstelle betragen sich mit 61 077,42 Mk. Der Saldo der Zahlstelle hat eine Höhe von 33 533,90 Mk. erreicht. Die Mitgliederzahl beträgt 3000, darunter 391 weibliche. Die Mitgliederzahl ist gegen das vorige Quartal etwas zurückgegangen, da durch die Einführung der Zwangsarbeit ein Teil unserer Mitglieder in die Betriebe überführt wurde. In der ersten Hälfte des Jahres hat die Zahlstelle eine Reihe von Besuchen bei den Betriebsausschüssen. Unser Gewerkschaftsausschuss hat sich in einer Reihe von Besuchen über die Verhältnisse in den Betrieben informiert und hat die Arbeiter über die Lage der Betriebe informiert.

Ertrügen stützte er die Entwicklung der Arbeiterorganisationen seit Beginn der Revolution bis zum heutigen Tage, zeichnete klar und deutlich die bevorstehenden Aufgaben des Proletariats der Hand und des Kopfes bei der Inangriffnahme und Durchführung des sozialistischen Produktionsprozesses. Durch erregte Zwischenrufe des öfteren unterbrochen, beleuchtete der Redner die Berufsarbeit der unionistischen Bewegung in Betrieben sowie im allgemeinen und kennzeichnete diese als dem Unternehmertum willkommene Dienstleistung, um dessen Machtposition zu stärken zum größten Schaden der Arbeiterklasse. In der Diskussion trat ihm ein Unionistenhändler, Köhler mit Namen, nach seiner eigenen Angabe Führer der Fabrikarbeiter für Bestrafungen in der Union, entgegen mit der Behauptung, die Gewerkschaftsbeamten wollten nicht mehr arbeiten, sie lebten ja nur von Arbeitergeldern. Diese abgedroschene Phrase sollte neben Entstellungen des Vortrages der Belegschaft beweisen, wie sie vom Fabrikarbeiterverband belogen und betrogen würde und wie eifrig dagegen die Union sei. Die Ausführungen des Kollegen Krone über den bekannten Vorschlag des Betriebsprozesses aller Betriebe und Neuaufbau durch die Betriebsräte bezeichnete Köhler als auf den Kopf gestellt. Damit gab er den Beweis, daß er die damaligen Ausführungen Köhlers gar nicht verstanden hat, wie überhaupt das Wissen dieses revolutionären Arbeiterführers auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung auf ziemlich schwachen Füßen steht und er dies Gebiet erst im Laufe der Revolution betreten haben dürfte. Seiner Unwahrscheinlichkeit gab er dadurch Ausdruck, daß er behauptete, die Unionisten seien für die Einigkeit in Betrieben. Dabei betreibt er die Zersplitterungsarbeit täglich, selbst während der Arbeitszeit, in einer Form, die schon zu mancher Erregung Anlaß gab. Kollege Hoch wies energisch das unrichtige Gebaren der Unionisten zurück. In einem kräftigen Schlußwort wies Kollege Krone die unwahren Behauptungen Köhlers zurück.

Um diesem freibeweglichen Verhalten am Organisationskörper Einhalt zu gebieten, kann es nur ein Mittel geben: den gesunden Geist der Zusammengehörigkeit und Einigkeit zu festigen und auf eine solche Höhe zu bringen, daß jeder einzelne in der Lage ist, alle Zersplitterungsversuche energig zurückzuweisen. Deshalb gilt es für alle besonnenen und einmütigen Kollegen dieses Betriebes, auf der Hut zu sein, um sich vor dieser anstehenden Aufgabe zu bewahren. Die Apothekerrechnung würde sonst die Arbeiterklasse, aber nicht der Unternehmer bezahlen müssen. Zersplittern und zersplittern sind wir nichts, vereint aber alles; dies gilt in der heutigen Zeit mehr denn je.

Den irreführenden Behauptungen von der I. on aber möchten wir raten, ihrem Kopf etwas mehr Wissen über das Wesen der Arbeiterbewegung und deren bevorstehenden historischen Aufgaben zuzuführen, um im gegebenen Moment gemeinsame Aktionen wirksam durchführen zu können, sonst würde das Unternehmertum der lachende Sieger sein. Nicht Gehässigkeit und Selbstherrlichkeit, sondern der alte und doch so ewig neue Wahrspruch "Einigkeit macht stark!" muß unsere Losung sein. Die Unternehmer bieten uns hierin das beste Beispiel. Nicht die Führer, sondern die Arbeiterklasse hat es in der Hand, die Revolution vorwärts zu treiben; dies sollten doch endlich auch die Unionisten vom Schlage eines Köhler einsehen, ehe es zu spät ist. Ohne Führung ist eine erfolgreiche Aktion unmöglich. Die allerbeste Führung ist aber ohnmächtig, wenn die Masse nicht zusammenhängt. Darum kann nur der Gedanke der Einigkeit und Geschlossenheit uns über die Lippe hinwegsetzen, welche übernommen werden muß bei der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital.

Abrechnung vom 1. Quartal 1920.

Selbst-Einnahme.

An Kassenbestand vom vorigen Quartal	10 648 172,05	Mk.
An Eintrittsgeld	75 791,-	"
An Beiträge à 75 Pf.	889 925 25	"
An Beiträge à 60 Pf.	2 426 942,40	"
An Beiträge à 35 Pf.	816 495 75	"
An Beiträge à 110 Pf.	617 10,-	"
An Beiträge à 90 Pf.	6 198,30	"
An Beiträge à 55 Pf.	2 009,70	"
An Beiträge à 10 Pf. (§ 13 Abs. 6, Frauenarbeiten)	4 624,20	"
An Beiträge à 10 und 20 Pf. (Jugendlichen)	5 375,65	"
Von den Zahlstellen zurück eingelaufen	7 389,28	"
Für Kartothekkosten	4 776,60	"
Für Poststempelkosten	657,50	"
Für Schreibmaterialien	925,75	"
Für "Proletarier"	1 609,44	"
Für Korrespondenzblätter	241,50	"
Für Briefkästen	151,60	"
Für Intereur	220,10	"
Für Schreibmaschinen	4 168 15	"
An Beiträge von Einzelmitgliedern	703,82	"
Für Ertragsteuer und Steuern	328,10	"
An Gewerkschaften-Unterstützung zurückgezahlt	117,-	"
An Vorleihen zurückgezahlt	10 000,-	"
An Ehrenbeiträge zurückgezahlt	30 000,-	"
An Ungemessenes zurückgezahlt	40,-	"
Sonstige Einnahmen	6 266,76	"
Summa	14 943 647,-	Mk.

Gesamt-Ausgabe.

An Gewerkschaften-Unterstützung:		
a) an Reichsvereine	1 282,30	Mk.
b) an Arbeitslose	437 121,95	"
c) an Kranke	418 875,50	"
An Reichsorganisation	2 429,78	"
An Gewerkschaften-Unterstützung	13 603,50	"
An Ungemessenes	3 613,-	"
An Ehrenbeiträge	47 341,90	"
An Ehrenbeiträge	558 265,16	"
An Reichsorganisation	3 041,05	"
An Gewerkschaften-Unterstützung (Hilfsaktion für Desterreich)	88 788,-	"
An Reichsorganisation	5 140,72	"
An Reichsorganisation	300,-	"
An Reichsorganisation	331,-	"
An Reichsorganisation	125 934,13	"
An Reichsorganisation	701 942,29	"
An Reichsorganisation	227,20	"
An Reichsorganisation	14 986,55	"
An Reichsorganisation	3 611,92	"
Für Karten und Exempl.	18 591,60	"
Für Schreibmaterialien und Schreibmaschinen	16 557,14	"
Für Anzeigen im "Proletarier"	30 082,50	"
Für Agitation	202 779,56	"
Für Druck des "Proletariats"	357 409,-	"
Für Reich des "Proletariats"	39 926,30	"
Für Druck des "Proletariats"	80 190,20	"
Für Druck des "Proletariats"	45 356,35	"
Für Druck des "Proletariats"	4 599,75	"
Für Druck des "Proletariats"	1 754,80	"
Für Druck des "Proletariats"	19 079,47	"
Für Druck des "Proletariats"	32 203,71	"
Für Druck des "Proletariats"	21 355,50	"
Für Druck des "Proletariats"	7 934,19	"
Für Druck des "Proletariats"	8 281,90	"
Gewinn des Reichsorganisation zurückgezahlt	15 416,31	"
In den Zahlstellen zurückgezahlt	69 987,61	"
Sonstige Ausgaben	315,68	"
Summa	3 494 630,42	Mk.

Bilanz.

Gesamt-Einnahme	14 943 647,-	Mk.
Gesamt-Ausgabe	3 494 630,42	"
Kassenbestand am 31. März 1920	11 448 966,58	Mk.

Januar, den 13. Oktober 1920.
F. Hoster, Kass. 2. Vorsitzender. Fritz Bruns, Kassier.
P. Hoster, Hans Roth, C. Grunwald, Kassier.

Eingegangene Schriften.

"Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen" von Rudolf Hilferding. Verlag "Freiheit", Berlin C. 2, 32 Seiten, Preis 3 Mk. - Ausgabe für Organisationen 1 Mk. - Im Mittelpunkt des großen Kampfes zwischen Kapitalismus und Arbeit in Deutschland wird in der nächsten Zeit die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues stehen. Hilferdings Schrift, die die wörtliche Wiedergabe eines auf dem 1. Betriebsrätekongress gehaltenen Referats enthält, ist für diesen Kampf das beste geistige Mittel. Die Entwicklung der Machtverhältnisse während der Revolution ist eingehend in ihr geschildert und jodarm das Wesen der Sozialisierungswirtschaft wie die Bedingungen, die Form und der Inhalt der Sozialisierung ausführlich erläutert.

Alle Arbeiter und Angestellten, die sich für die kommenden Kämpfe geistig rüsten wollen, alle Betriebsräte, die ihre Aufgabe zu erfüllen suchen, müssen diese Schrift gelesen haben.

"Herausgabe". Im Verlage von Gilsbach u. Co. ("Reinische Zeitung") erscheint neben "Herausgabe" von Jakob Rosquin. Das ist ein ausgezeichnetes, fast 200 Seiten umfassendes Buch, das der Kölner Holzschneider Johann Hartmann mit Schmitzen geschmückt hat, kostet in festem Karton 12 Mk. Es ist durch die Buchhandlung der "Reinischen Zeitung", Ursulaplatz 6, zu beziehen.

Verbandsnachrichten.

Das Jahrbuch 1919

unseres Verbandes ist noch in einer Anzahl von Exemplaren vorhanden. Im Jahrbuch ist das Wissenswerteste über die Entwicklung unserer Organisation während des letzten Jahres enthalten; es enthält aber auch darüber hinaus statistisches Material bis zurück zum Jahre 1890, so daß sein Inhalt als ein Exzellentes Verbandsgeheichte gelten kann. Das Jahrbuch wird gratis abgegeben und kann durch die Zahlstellen - möglichst bald - unter Angabe der gewünschten Anzahl der Exemplare bei uns abgefordert werden. Desgleichen ist das

Verbandstageprotokoll von 1920

noch in einem kleinen Vorrat vorhanden. Soweit dieser reicht, können Bestellungen noch erledigt werden. Preis pro Exemplar 3 Mark.

Vom 12. November an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

Warnemünde	711,90
Penig	10 000,-
Döbeln	5000,-
Königsberg	15 000,-
Glogau	1500,-
Frankfurt a. M.	25 000,-
Löhndorf	3043,67
Pyrmont	270,02
Döbeln	2700,-
Rhens	60 61
Güstrow	3000,-
Kottbus	280,-
Elberfeld	5 5000,-
Bismarck	2400,-
Elbit	8529,49
Odenburg	224,-
Dijon	2500,-
Leipzig	1000,-
Burglengenfeld	90,-
Rehl	1467,01
Königsberg	120,-
M. 90,-	
Waldum	19,96
Goslar	224,-
Mainz	35 212,40
Glogau	3500,-
Wernigerode	2000,-
Brühl i. M.	397,96
Wendorf	6000,-
Gosfa	5000,-
Hornburg	777,-
Dierdorf	185,53
Grabow i. M.	3000,-
Hochst a. M.	1710,15
Solp i. Pom.	4000,-
Parchim	3300,-
Wiesbaden	1200,-
Köslin	700,20
Köslin	15 000
Kolditz	3000,-
Tarnowitz	431,64
Egeln	5000,-
Naumburg an der Saale	2500,-
Artern i. Thür.	4000,-
Walsrode	1000,-
Schönebeck a. d. E.	8000,-
Nienburg a. d. W.	2000,-
Themar	1000,-
M. Gilsbach	500,-
Kojoc	3000,-
Gröningen	2500,-
Bodenem	2643,37
Burgörner	175 18
Salbe a. d. S.	7000,-
Geitvain	1000,-
Karlshöhe	10 000,-
Gröningen	3000,-
Rottweil	819,-
Küstrin	2500,-
Buchum	2000,-
Weißenfels	12 000,-
Sallendorf	400,-
Schwerin i. M.	1900,-
Kronitz	284,29
Dorsten	145,69

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Berlin	2449,30
Warnemünde	12,70
Kottbus	490,80
Elbit	130,50
Radeberg	86,60
Koyoc	74,-
Naumburg a. d. S.	40,45
Gröningen	20,-
Perleberg	10,80
Bodenem	40,60
Sornburg	5,30
Galerleben	3,20
Zittau	134,70
Wachwitz	11,30
Breslau	967,40
Waldum	709,90
Sturgart	542,80
Glogau	273,-
Erurt	112,-
Mainz	82,90
Wiesbaden	13,80
Düren	120,-
Euphringen	25,60
Waren	15,30
Waldum	14,30
Tarnowitz	10,80
Dobertan	8,30
Platow	6 10
Elk	4,50
Kronitz	2,50

Schluß: Donnerstag, den 18. November, mittags 12 Uhr.
Fr. Bruns, Kassier.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielten:

Zahlstelle	pro Woche für		Die Erhöhung tritt in Kraft am
	männliche Mitglieder	weibliche Mitglieder	
Hall (Schwabisch)	50 Pf.	40 Pf.	1. Oktober 1920
Zalotsyagen	30 "	50 "	"
Reine	75 "	"	"

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Gau 2.
Dülben, Kr. Döberitz a. d. Bode. 1. Bev.: Ernst Kienhagen. - 2. Bev.: Albert Lange.
Ummendorf, Bez. Magdeburg. 1. Bev.: Fr. Christoph Möllenberg.

Gau 3.
Zriep. 1. Bev.: Hermann Deelich, Karlstraße Nr. 2.
Wernuppin. 2. Bev.: Hermann Schmidt, Siebenstraße 18.
Züllichau i. Mark. 1. Bev.: Friedrich Böhl, Sandstraße 21.
Platow, Bestpr. 2. Bev.: Florian Manjagewski, Stenwitzer Straße 16b, 2. Etg.

Gau 4.
Zalotsyagen, Hinterpommern. 1. Bev.: Erich Wille, Jahnstraße.
Straß i. Neckenburg. 1. Bev.: Otto Ksmus, Poststraße 9.

Gau 5.
Gnarrenburg. 1. Bev.: Bernhard Lejner, Gnarrenburg. - 2. Bev.: Franz Probst, Kolheim Nr. 11, Post Gnarrenburg, Kreis Harzgerode.
Goldap. Der 1. Bevollmächtigte Robert Rajemajen ist zu freizeiten.

Gau 6.
Waldum und Sagan seit dem 1. Oktober mit Glogau verbanden.
Langensalza, Bez. Magdeburg. 2. Bev.: Wilhelm Frisch, Ober-Langensalza Nr. 60, Bezirk Magdeburg.

Gau 11.
Ulm a. d. Donau. 1. Bevollmächtigte und Geschäftsführer: Arno Reich, Radgasse Nr. 28, pt.

Gau 12.
Eisenberg-Graupfad (Hals). 1. Bev.: Ludwig Res, Hauptstraße. - 2. Bev. und Geschäftsführer: Karl Hochstetter II, Hauptstr. 152.
Grünstadt mit Eisenberg (Hals) verbanden.
Zamsweiler 6. Rodenhäuser (Hals). 1. Bev.: Maria Kremb.

Gau 14.
Wiesdorf. 1. Bev.: Thomas Seidenheimer. - 2. Bev.: Heinrich Specht, Bureau: Wiesdorf, Kaiserstraße 22.

Otto Ikel gesucht.

Welche Ortsverwaltung oder welches Mitglied unseres Verbandes ist imstande, die jetzige Adresse des Drechslergehilfen Otto Ikel aus Weimar mitzuteilen? Auslagen werden ersetzt. Mitteilungen unter G. H. an die Redaktion des "Proletariats" erwünscht.
[4,50 Mk.]